

Erzählungen und Kesselreife sind in der Morgenausgabe angeordnet
Redaktion: SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag

23. Juli 1925

Verlag und Kassenabteilung:
Geschäftzeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Der Wucherpakt der Zollverschwörer.

Besprechung im Ausschuss. - Die Zöllner im Kreuzfeuer.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags ist heute morgen in die Besprechung des Zollkompromisses eingetreten. Im Plenum wird nachmittags die außenpolitische Debatte fortgesetzt.

Wird es möglich sein, mitten im Hochsommer dieses entscheidend wichtige Gesetz mit jener Gründlichkeit durchzuberedern, die im Interesse der Würde der deutschen Volksvertretung geboten ist?

Unter solchen Umständen ein Gesetz von der verhängnisvollen Bedeutung des Zolltarifgesetzes durchzuführen zu wollen, ist ein bedenkliches Unterfangen. Ein um so bedenklicheres, da eine sachliche Notwendigkeit, diese Materie noch vor dem Herbst zu erledigen, nicht gegeben ist.

Allen berechtigten Warnungen zum Trotz besteht aber die Gefahr, daß die Mehrheitsparteien dennoch der Versuch wagen, das Siegel unter ihren schmählichen Pakt zu legen.

Um so notwendiger ist es, daß die sozialdemokratische Kritik, wie sie heute im handelspolitischen Ausschuss geübt wurde, in den Massen des Volkes ein kräftiges Echo findet. Das Hauptorgan des Brotwuchers, die Kreuz-Zeitung, hat heute die Infamie, die Demonstrationen gegen das Zollkompromiß als „unverantwortliche Straßenhetzen“ zu beschimpfen.

Aus dem Verhalten der „Kreuz-Zeitung“ können aber die übrigen Kompromißparteien, besonders das Zentrum, erkennen, in welche Gesellschaft sie geraten sind. Sie können erkennen, auf welchem Weg sie sich begeben haben und welche Entwicklungen sich als Folgen ihrer politischen Handlungsweise ankündigen.

Bis dahin aber kann viel Unheil entstehen, wenn die Mehrheitsparteien des Reichstags auf dem eingeschlagenen Wege verharren. Mögen sie sich darum noch in letzter Stunde ihrer ungeborenen Verantwortung bewußt werden! Mögen sie die Stimmen hören, die sich aus dem Volke erheben.

Der Zollausschuss begann heute morgen mit der Beratung der sechs Anträge der Regierungsparteien, die das Zollkompromiß darstellen.

Genosse Breitscheid bemerkte vor Eintritt in die Tagesordnung, daß durch diese Anträge eine neue Lage geschaffen sei, die es notwendig mache, daß sowohl Regierung als die antwortstellenden Parteien ihre Stellung zu dieser Situation begründeten.

Der Vorstoß Breitscheids kam anscheinend ganz unerwartet. Es dauerte eine Weile, bis sich, sehr zögernd, ausgerechnet der Seniratsmann Lammers erhob und dem Kompromiß einige

Worte als Geleit mit auf den Weg gab. Er machte dabei den von vornherein völlig aussichtslosen Versuch, diese Anträge als Ausfluß höchster volkswirtschaftlicher Erkenntnis darzustellen.

Volk von Berlin!

Bis auf die paar Großgrundbesitzer, die in Berlin ihre Winterresidenz haben, sind alle Berliner daran interessiert, daß die Lebensmittel nicht durch Gesetze künstlich verteuert werden.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentenbezieher, kleine Geschäftsleute, sie alle brauchen billiges Brot!

Sie alle müssen darum noch ihren Kräften dazu beitragen, daß die morgige Kundgebung machtvoll und würdig verläuft.

Prinzip zum Ausdruck gebracht, daß nicht von vornherein gebundene Zölle festgelegt werden, sondern daß

diese Zölle als Kompensationsobjekt

gekennzeichnet seien. Den Bestrebungen der anderen Staaten, sich mit einer Zollmauer zu umgeben, müßten wir gezwungenermaßen eine eigene Zollrüstung entgegensetzen.

Der Clou der Lammersschen Ausführungen war die Feststellung: Die Regierungsparteien wollten keine Mindestzölle, deshalb hätten sie, der Regierung die Ermächtigung zu geben, die vorgelegenen Zölle ermäßigen zu können.

Dazu blieben die sozialdemokratischen Redner im Verlaufe der Debatte den Herren die Antwort nicht schuldig. Nach der Begründung fragte der Genosse Breitscheid die Regierung, ob sie sich nun auf den Boden der durch die Anträge veränderten Zollvorlage stelle und damit ihre eigene Vorlage preisgebe.

Graf Rantk antwortete, daß die Regierung ursprünglich einstimmig auf dem Boden ihrer Vorlage gestanden habe, wenn sie sich auch den in der Öffentlichkeit geäußerten Bedenken nicht habe völlig entziehen können.

sehr bedenklich erscheine ihm die in den Anträgen geforderte bedingte Zollfreiheit für Gefrierfleisch.

Er begrüße aber die Mindestzölle auf Vieh. Er glaube, daß das Kabinett aber die Bedenken zurückstellen werde, um sich auf den Boden der neuen Vorlage zu stellen.

Auf einen Jurist,

ob das wirklich die Meinung des Kabinetts sei, erklärte der Reichsernährungsminister, daß er sich mit den zuständigen Ressortministern und dem Reichskanzler bereits in Verbindung gesetzt habe und daß diese Stellen keine Auffassung teilen.

Genosse Breitscheid erklärte im Anschluß an die Ausführungen des Ernährungsministers, daß ein Beschluß des Kabinetts über das Kompromiß noch nicht bestehe und daß die sozialdemokratische Fraktion auf Grund der beim spanischen Handelsvertrag gemachten Erfahrungen sich vorbehalten müsse, zu beantragen, über die durch die Anträge zu den §§ 4 und 5 geschaffene Rechtslage den Justizminister im Ausschuss zu hören.

In der sachlichen Aussprache über die Anträge

kam als erster der Genosse Schmidt-Köpenick zu Wort. Er stellte einleitend einige Behauptungen des deutschen Nationalen Abg. v. Richthofen richtig. Dieser Vorkämpfer für einen agrarischen Hochschutzzoll hatte behauptet, im Jahre 1922 seien unter dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Robert Schmidt Industriezölle neu eingeführt worden. Dabei handelte es sich bei den von Schmidt gekennzeichneten Verordnungen um Zollerhöhungen, die nichts anderes als eine notwendige Angleichung an die Inflation darstellten.

parteiliche Demagogie draußen auf dem Lande gegenwärtig wahre Orgien feiere.

Die Sendlinge des Reichslandbundes ziehen landauf, landab und behaupten, die Sozialdemokratie trete wohl für Industriezölle aber gegen Agrarzölle ein. Dieses durchsichtige Manöver, zum Teil darauf berechnet, die Landarbeiterschaft zu verwirren, sei nichts anderes, als ein sehr windiger Versuch, die Tatsache zu verheimlichen, daß die Agrarier niemals ernsthaft gegen die Industriezölle angeknüpft haben, und daß sie in Verbindung damit niemals energisch dem Willen nach einer billigen Produktion in der Landwirtschaft Ausdruck gaben.

sozialen Heudelei.

die in dem Antrag auf Bereitstellung von Mitteln zur Ausfüllung der Invalidenten und der sonst Rostleidenden zum Ausdruck komme. Dieser Antrag sei der beste Beweis für das schlechte Gewissen der Regierungsmehrheit, die nach irgendwelchen Gründen suche, um das ungeheuerliche Attentat auf die große Masse der Bevölkerung zu maskieren.

Regierung und Regierungsparteien betrachteten die ganzen Maßnahmen nur aus dem Winkel einer engstirnigen und verkümmerten Profitmacherei, ohne in gebührender Weise volkswirtschaftliche Notwendigkeiten zu berücksichtigen.

Seither hätten sich die Arbeiterorganisationen stets von den Notwendigkeiten unseres Staatslebens und der wirtschaftlichen Prosperität leiten lassen. Nachdem nun die sogenannten Wirtschaftsführer mit einer Brutalität, die alles Erwartete übersteigt, ihre wahren Gedanken enthüllen, müßten sich die Arbeiterorganisationen überlegen, welche Maßnahmen gegenüber diesem volksgefährlichen Treiben notwendig seien.

Fleischversorgung des deutschen Volkes

beschäftigte, kam einleitend zurück auf die Ausführungen des Reichsernährungsministers in der Generaldebatte, in denen er ein Intensivierungsprogramm der Reichsregierung in Aussicht gestellt hatte. Sie fragt, warum dieses Programm immer noch nicht vorliege; Zeit genug sei wahrlich gegeben. Vielleicht habe man Rücksicht genommen auf die Reichspräsidentenwahl, um sie mit einem nach der Ansicht der Deutschnationalen so unpopulären Programm nicht zu belasten.

veränderte Struktur im heutigen Deutschland.

in dem die landwirtschaftlich nutzbar gemachte Fläche erheblich zurückgegangen ist, während sich die Bevölkerungszahl ganz außerordentlich vermehrt habe. Der Bedarf ist tatsächlich der gleiche geblieben, obgleich uns ein sehr verringerter Erzeugungsspielraum zur Verfügung steht.

Regierung bedient sich der irtürenden Statistik

aus dem Jahre 1923, wo durch die Inflation ganz abnorme Verhältnisse geherrscht haben, die dazu führten, daß ein viel höheres Angebot an Schlachttvieh als in normalen Zeiten vorhanden war. Wertwürdigerweise hat der Ernährungsminister in den Feststellungen des Agrarernauchauschusses das immer übersehen, was ihm unheimlich war. Er hat völlig vergessen, daß ausdrücklich die Notwendigkeit einer freien Futtermittelzufuhr und einer völlig freien Einfuhr von Gefrierfleisch festgesetzt wird.

auf zollfreie Einfuhr eines bestimmten Kontingents an Gefrierfleisch, sofern es die Gemeinden zur Abgabe an Rinderbrennstelle verwenden, ist nichts anderes als die Drohung der Gefrierfleischzufuhr überhaupt.

Interessant ist dabei ja die Feststellung, daß man auf einmal aus sehr naheliegenden Zweckmäßigkeitsgründen bei dieser Frage bereit ist, der viel verpönten Zwangswirtschaft eine Konzession zu machen. Dabei bleibt die Frage offen, wie die Regierung sich dazu stellt, daß durch diesen Antrag die Verordnung vom 2. November 1923, der für die Gefrierfleischzufuhr bis zum 31. Dezember 1933 bedeutende Erleichterungen brachte, einfach aufgehoben wird. Das sei ein

**Verstoß gegen Treu und Glauben** und würde für eine ganze Menge Gemeinden und Privatunternehmungen schwere Schädigungen im Gefolge haben. Zum Schluß wies die Genossin Wurm noch darauf hin, daß durch die Festlegung von Mindestzöllen auf Vieh und Fleisch eine Rückwirkung auf die Milchpreisgestaltung nicht ausbleiben werde, und daß alle sozialen Rücksichten, die jetzt im Zusammenhang mit diesem Wucherantrag angegriffen werden, nicht dazu dienen würden, die außerordentlich schweren Schäden zu beseitigen.

Der Ernährungsminister Graf Rautsch antwortete auf die verschiedenen Fragen unserer Redner teilweise ausweichend, teilweise sehr unbestimmt. Offenbar sind ihm die konkreten Fragen der sozialdemokratischen Redner sehr unbequem. Seine Unruhe steigerte sich noch, als nach ihm der Deutsche u. Genosse sich ebenfalls sehr entschieden gegen das von ihm als Vieh- bezogene Zollkompromiß wendete. Der völlige Mann gab zu, daß die Zeit zu einer gründlichen Durchberatung einer so wichtigen wirtschaftlichen Vorlage zu kurz gewesen ist, und daß es weiter ein ungeheurer Fehler war, bei der Relation der Industrie- und Agrarzölle außer der Agrarquetekommission nicht auch eine Industriequetekommission zu hören. Er wendete sich gegen die in den Anträgen der Kompromißparteien geforderte Ermächtigung vor allem, weil er nicht wisse, was diese Regierung damit befinne.

Der kommunistische Redner Dr. Rosenberger betonte gleichfalls, daß die verfassungsändernde Tendenz der Ermächtigungsanträge absolut einwandfrei feststeht. Er beschloß sich dann im wesentlichen mit dem in den sozialdemokratischen Anträgen enthaltenen Agrarprogramm, von dem er sagt, daß es durchaus bemerkenswerte Vorschläge enthalte; außerdem seien ihm einige Forderungen als kleineres Übel akzeptabel.

In der weiteren Debatte sprachen noch die Genossen Kirchnermann und Hilferding, wobei der letztere die Gelegenheit wahrnahm, unsere grundsätzliche Stellung zu dem Wirtschaftsproblem zu entwickeln.

Die Verhandlungen dauern bei Schluß der Redaktion fort.

## Worum es geht.

Der Versuch des Rechtsblocks, durch eine Neustrukturierung der alten Zollvorlage die wahren Absichten der Regierungsparteien zu verschleiern, ist fehlgeschlagen. Schon die Debatte, die heute im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages stattfand, ergab das mit aller Deutlichkeit. Der Antrag, der der Regierung die Ermächtigung zur beliebigen Abänderung und Erhöhung der Zölle gibt, wird auf den harten Widerstand der Reichstagsopposition stoßen. Damit ist es aber noch nicht getan. Worauf es jetzt ankommt, das ist, den Nachweis zu erbringen, daß ohne die Befreiung der Verbraucher eine wirksame Förderung der agrarischen Produktion möglich und durchführbar ist.

Die historische Schuld des Kabinetts Luther-Schiele-Rautsch ist es, daß es entgegen allen Warnungen uninteressierter Sachverständiger in dem verarmten Deutschland der Nachkriegszeit dieselben und noch höhere Zölle einführen will, wie sie das reichere Vorkriegsdeutschland nur unter schweren Schädigungen der Gesamtwirtschaft, insbesondere der Arbeitnehmer, ertragen konnte. Mehr als das: man hat zu dem Mittel der Schutzzollpolitik gegriffen, obwohl diese in schreiendem Widerspruch zu dem so oft proklamierten Preisabbau steht, man hat eine Teuerungswelle entfesselt und beabsichtigt sogar, der neuen Teuerung durch den Abbau der Preiswucherbestimmungen einen von jeder staatlichen Kontrolle freien Lauf zu lassen!

Das alles tut die Rechtsblockregierung, obwohl aus den Erhebungen im Reichswirtschaftsrat und in der Agrar-

enquête des Reichstags bekannt ist, daß die Schwierigkeiten der Landwirtschaft größtenteils herbeigeführt sind durch die innere Wirtschaft, Kredit- und Steuerpolitik, daß sie sich also größtenteils beseitigen lassen ohne das gefährliche Mittel des Zollwuchers. Die Regierung Luther-Rautsch hat auch nicht das geringste Mittel angewandt, um hier mit Nachdruck einzugreifen. Sie sieht ganz davon ab, der Landwirtschaft ohne Schädigung des Verbrauchs zu helfen!

Demgegenüber hat die Sozialdemokratie in ihrem Produktionsprogramm, das als Antrag dem Reichstag vorliegt, die Wege aufgezeigt, wie der Landwirtschaft ohne Zölle viel wirksamer zu helfen, ihre Produktion rascher und nachhaltiger zu steigern ist, als das durch Zölle je geschehen könnte. Das „Berliner Tageblatt“ stellt sich auf den Boden dieses Antrags, indem es erklärt:

Dieser Antrag bedeutet eine grundsätzliche Erklärung der Sozialdemokratie, an einer Gestaltung des deutschen Zolltarifs unter Preisgabe des dogmatischen Freihandels mitzuwirken. Zudem legt er ein Agrarprogramm vor, dessen Teile durchaus konsequent organisch ineinandergreifen. Daß die Fehler der jetzigen Kreditgewährung an die Landwirtschaft im Zusammenhange mit einer nicht zur zollpolitischen Förderung der Landwirtschaft durch den Staat vermieden werden sollen, daß die Rückständigkeit der deutschen Sozialagronomie, d. h. der planmäßigen Erziehung der Landwirtschaft zu rationaler Produktion, auch einmal öffentlich betont wird, sind die beiden Hauptpunkte dieses Agrarprogramms, das der deutschen Landwirtschaft zu einer Erholung von innen heraus, statt zur künstlichen Rentabilität des Schutzzolls helfen will.

Dazu ist nur zu bemerken, daß ein „dogmatischer“ Freihandel, der auf Verhandlungszölle verzichtet, von uns niemals vertreten worden ist. Die Rechtsblockregierung aber hat den Verhandlungszweck nur zum Vorwand hochschulzöllnerischer Bestrebungen gemacht, hat den Brotwucher proklamiert und ist bei den Industriezöllen vor den Forderungen der Interessenten auf der ganzen Linie zurückgewichen. Das lehnt die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ab. Sie lehnt es ab, weil eine solche Politik Rot und Verelendung bedeuten, und sie wird diesen Kampf mit den schärfsten sachlichen Mitteln durchkämpfen! Ihr agrarisches Produktionsprogramm ist ein solches Mittel in dem Kampf, den die ganze deutsche Arbeiterschaft sich zu eigen macht, weil sie in der Hochschulzollpolitik nicht nur den Ausfluß wirtschaftlicher, sondern auch politischer Reaktion sieht.

## Kommunistenhilfe für Agrarier.

Sie suchen unsere Demonstration zu sprengen.

Stettin, 23. Juli. (TL.) Am Mittwochabend veranstaltete die Sozialdemokratische Partei am Kaiser-Friedrich-Denkmal eine Protestversammlung gegen die Zollvorlage, in der Abgeordneter Deder sprach. Durch dauernde Störungen der Kommunisten entstand schon zu Anfang der Versammlung ein Tumult. Ein kommunistischer Redner versuchte eine Ansprache zu halten, wurde aber daran gehindert. Es kam zu einer Schlägerei, in die die Schutzpolizei mit einem stärkeren Aufgebot eingriff. Nachdem einige Verhaftungen vorgenommen worden waren und die Unruhe trotzdem noch anhält, räumte die Polizei gewaltsam den Platz.

Diese Schilderung der Telegraphen-Union scheint die Wirkung der kommunistischen Hilfsaktion für die Agrarier allerdings zu übertreiben. Ein eigener Bericht meldet uns:

Nachdem unser Genosse Adolf Deder ein Referat gegen den Zollwucher gehalten hatte, meldete sich ein Kommunist zum Wort und versuchte, ein Referat zu halten. Es war von Anfang an jedem Versammlungsteilnehmer klar, daß es die Kommunisten auf einen Störungsvorfall abgesehen hatten. Infolgedessen gingen die Worte des kommunistischen Redners in dem energischen Proteststurm gegen derartige Wucherschaufenster unter. Der Unwille der Versammlungsteilnehmer war so stark, daß der kommunistische Redner nicht zu Wort kam. Erhofft, daß sie nicht auf ihre Rechnung kommen sollten, gingen einige kommunistische Rüpel mit Gewalt gegen die Zwischenrufer vor. Es kam zu

einigen Reibereien. Darauf schritt die Polizei ein und nahm vier Kommunisten fest. Ein Hauptwachmeister sprach zu der Gruppe, daß nur eine Versammlung angemeldet sei und die kommunistische Versammlung zu unterbleiben habe. Als die Leiter der kommunistischen Aktion merkten, daß die Polizei ernst machte, ließen sie von ihrem Vorhaben ab. Die Protestversammlung konnte dann ruhig zu Ende geführt werden.

Die Absicht der Kommunisten, durch Störung unserer Demonstration den Agrariern Hilfsdienste zu leisten, ist unverkennbar.

Köln, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Ortsausschuß Köln des ADGB und die Sozialdemokratische Partei hatten für Mittwochabend zu einer großen Kundgebung unter freiem Himmel aufgerufen, um gegen den Zoll- und Steuerwucher Protest zu erheben. Diese Veranstaltung war trotz der ungeheuren Hitze von vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen besucht. Von vier Tribünen sprachen die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Partei, die eine Entschließung begründeten, in der die Auffassung der Arbeiterschaft zu den Wucherzöllen und Steuererhöhungen zum Ausdruck kam. Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften werden in dieser Entschließung aufgefordert, den Kampf gegen die Zollvorlage mit allen verfassungsmäßigen und parlamentarischen Mitteln fortzusetzen. Bei der Abstimmung wurde die vorgelegte Entschließung an allen vier Tribünen einstimmig angenommen. Die Kommunisten hatten ihre Mitglieder ebenfalls aufgefordert, sich an der Kundgebung zu beteiligen. Erschienen waren jedoch nur einige kleinere Trupps, die rote Fahnen mit sich führten. In der großen Masse der Demonstranten kamen diese versprengten Häuflein überhaupt nicht zu Geltung. Die kommunistische Gewerkschaftsopposition hatte beim Kölner Ortsausschuß des ADGB beantragt, an der Kundgebung auch zwei Vertreter der Opposition reden zu lassen. Selbstverständlich hatten der Ortsausschuß und die Funktionäre der Kölner Gewerkschaften dieses Ansuchen abgelehnt. In der Entschließung über ihren Mißerfolg veranlaßten die Kommunisten gleich nach Beendigung der offiziellen Kundgebung eine Sonderdemonstration, in der eine kommunistische Rednerin sprach. Diese Sonderveranstaltung brachte jedoch nur einen Heiterkeitserfolg. Die Meldung der Berliner „Rote Fahne“, die am Donnerstag früh berichtet, die Massen hätten die Entschließung der Sozialdemokraten mit großer Mehrheit abgelehnt, die der Kommunisten jedoch fast einstimmig angenommen, ist vollkommen erlogen. Offenbar hatte die „Rote Fahne“ den Schwindelbericht schon in sich gegeben, bevor überhaupt die Kundgebung in Köln begonnen hatte.

## Hausfuchung bei Kommunisten.

Beschlagnahme von 75 Marken.

Jena, 23. Juli. (W.B.) Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts wurde in den Geschäftsräumen der kommunistischen „Neuen Zeitung“ nach vorheriger Befragung des Hauses das gesamte Organisationsmaterial der kommunistischen Partei (in 75 Marken) beschlagnahmt. Gleichzeitig fanden zehn andere Hausfuchungen in anderen Stadtteilen statt. In Gera und in Gotha wurden ebenfalls Hausfuchungen vorgenommen. In Gera erfolgten zwei Verhaftungen.

## Der Hochverrats-Gerichtshof.

Schwere Strafen gegen junge Mädchen.

Leipzig, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, Süddeutscher Senat, hatten sich am Mittwoch die 21jährige Arbeiterin Maria Greiner und die 26jährige Hedwig Haebich, beide aus Stuttgart, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechen gegen das Republiksschutzgesetz“ zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, während der illegalen Zeit für die kommunistische Partei Kurierdienste geleistet zu haben. Das Urteil des Gerichts lautete gegen die Greiner auf 8 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe und gegen die Haebich auf 6 Monate Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. Von der erlassenen Untersuchungshaft wird bei der Haebich ein Monat, bei der Greiner die Untersuchungshaft voll angerechnet. Außerdem gelten die Geldstrafen als verbüßt. Die Haftbefehle gegen beide werden aufgehoben.

## Es ist schade.

Es ist schade. Der Affenstadt-Prozess ist zu Ende. Scopes ist verurteilt. Zwar wird ja er selber nicht die hundert Dollar Strafe zahlen, sondern statt seiner irgendeine wissenschaftliche Gesellschaft, die für die Evolutionstheorie eintritt. Aber verloren hat er den Prozess, und dazu kann man ihm doch unmöglich Glück wünschen. Also: es ist schade.

Aber es ist auch schade für den Präsidenten-Aspiranten Bryan, der, wenn er Präsident geworden wäre, alle wissenschaftlichen Werke mit der Bibel in der Hand zensuriert hätte. Da wäre dann von ihnen nicht allzu viel übrig geblieben, denn Bryan nimmt die Bibel wörtlich; natürlich lebte Jonas drei Tage im Magen des Fisches und wurde dann von ihm ausgespien, und die Sonne hielt auf Josuas Gebot in ihrem Lauf inne. Zugegebenermaßen denkt Bryan nicht weiter über die Möglichkeit dieser Wunder nach, er glaubt einfach an sie, weil die Bibel sie berichtet. Leider hat der verständnislose Gerichtshof beschlossen, diese Befehrmittel, auf die Bryan so stolz war, aus dem Protokoll zu streichen, und Bryan hat sich also umsonst blamiert. Bei den nächsten Präsidentenwahlwahlen wird er sich nicht auf seinen überchristlichen Glauben, an dem gemessen der orthodoxe Pfarrer ein räudiges Schäflein ist, berufen können. Denn einmütig er ihn erst im Wahlkampf, so wertet Amerika, das beim Kampf um den Präsidentensessel sich über kein Mittel der Kandidaten wundert, diese erschütternde Frömmigkeit nur als geschickte Reklame; beruft Bryan sich dann auf den berühmten Dayton-Prozess, so fehlen im Protokoll gerade die wesentlichsten Aussprüche, und daß er sie doch tat, damals, als er noch nicht im Wahlkampf stand, wird man dann selbst einem Bryan nicht zutrauen.

Es ist schade also auch für Amerika, das diesen allerchristlichsten Präsidenten nun doch wohl nicht bekommen wird.

Und es ist schade für den Gerichtshof, der sonst so wacker für die Schöpfungsgeschichte eintrat, daß er die Kernstellen der Bryan-Aussagen doch verkannte. Ich denke mir, er wird es im Fegfeuer büßen müssen.

Ja, und für die schöne betriebsame Stadt Dayton, ist es da nicht schade, daß der Prozess zu Ende ist? Der ein so fabelhaftes business war?! Zahllose Fremde hatte er angelockt, die im Saale und vor dem Gerichtsgebäude, wo man große Vauzprecher aufgestellt hatte, dem Prozess beimohnten. (Die Vauzprecher brachten man nachher übrigens nicht mehr, da der Gerichtshof zum Schluß im Freien tagen mußte; wegen der Hitze, dachten Unersahrene; nein, wegen Einsturzgefahr des Hauses, verursacht durch die allzu lebhafteste Anteilnahme der „Hörer“ am Prozess. Amerika ist doch ein schönes Land!) Aber nun ziehen die Fremden von Dayton wieder fort, und man kann die Zelstadt, die man für sie erbaut hatte, wieder abbrennen, und alle die christlichen Kaufleute, die der Himmel für ihre große Frömmigkeit mit dem Prozess und den Fremden belohnt hatte, müssen nun wieder sehen, wie sie von ihren Mitbürgern ihre Projekte erwischen.

Und ist es nicht auch ein klein bißchen schade um die Evolutionstheorie, die weinend vor dem Paradiese Tennessee steht und nicht herein darf?

Ist es nicht schade um die Zeitungen, denen bei dieser Höllehitze ein so schöner Stoff ausgeht? —

Der Epilog ist nur prosaisch; der Tragikomödie zweiter Teil wird folgen. Scopes hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das ist nicht schade.

## Sommerballade.

Am Freitag nachmittag durchschritt der millenfte Besucher die Sperte des Dampferausstellung der deutschen Verkehrsverwaltung in Wilmanns. Es erregt als Premiere einen gestrichelten Herrenpelzmantel, Semmer ist ein Student. (Zeitungsweltung.)

Ein liebes Gehirn, es ist sooo heiß, ich weiß Bescheid, und du bekommst gleich Hitzefrei, darfst auseinanderlaufen, wohin du willst, aber, mein Hirnchen, mein liebes, bleibe noch fünf Minuten intakt. —

Friert da — o wie zeitgemäß! — friert da ein armer Student in München den ganzen Winter hindurch, ihm dastst, erklärt, die Faust gegen die Ofenumschmelzen, die Hitzewärmten, nichts nützt ihm sein Zorn, in seiner Bude muß er zittern vor Kälte, wie Zehntausend, wie Hunderttausend andere auch, in der kapitalistischen Wirtschaft ist das doch so. Der Winter ward überstanden, Sommer ist da, und was für ein Sommer! Langsam befrachten wir die dampfenden Strohen, deren Alpbalt, durch unser Schicksal gerührt, längst weich und klebzig wurde, langsamer noch schleichen die letzten Gedanken — diese Hitze! Und dennoch: Der tapfere Münchner fordert sich nicht: rüstig lenkt er seine Schritte zur Verkehrs Ausstellung hin. Weder inzwischen eingetretener Sonnenstich, noch ein Gehirnschlag hindern ihn am Durchschreiten der Sperte. Dort aber blüht ihm herrlicher Lohn — die Gefährliche ist immer noch wahr — einen kostbaren Pelzmantel bekommt er geschenkt! Man hat die Besucher der Verkehrs Ausstellung gezählt, Kummer Million ist der Student, gerad, hat er wohl gedacht, wie schön wär's, jetzt noch dreißig Pfennige zu haben für Estimois, bums — statt dessen bekommt er einen Pelzmantel in die Hände gedrückt und um den Leib gewickelt.

Schon hat ein beauftragter Fotograf seinen, durch die Hitze etwas ramponierten Apparat gezückt, der Student, der arme, muß den dicken Pelz anziehen, der arme Junge lächelt lässauer.

Es sollte sein letztes Lächeln sein. Rach einem jeden eingetroffenen Bericht unseres Münchener D. C. Korrespondenten, ist der so huldvoll Bepelzte im Moment der Photoaufnahme vor Hitze irrsinnig geworden. Man sah zur Rechten wie zur Linken ein halbes Gehirn herunterstinken. Und bald sah man zu seinen Füßen, die Masse auseinanderfliehen.

Täglich ist jetzt in den Münchener Zeitungen ein Inserat zu lesen: „Frisches Gehirn zu tauschen gesucht gegen funktionsfähigen Gehpelz. Gest. Angebote...“ Es soll sich noch niemand gemeldet haben.

Erich Gottgeireu.

Schule und Verfassungsfeier. Wieder sind für den 11. August an allen Schulen Verfassungsfeiern angeordnet und wiederum muß man aus diesem Anlaß die Mahnung an die beteiligten Behörden richten, dafür zu sorgen, daß diese Feiern auch in einer der Bedeutung des Tages angemessenen Form vor sich gehen. Der Schulbehörde wird bekannt sein, daß die republikanischen Einrichtungen und Veranstaltungen noch immer so manchem Schulleiter und Lehrer-

kollegium ein Dorn im Auge sind. Mit solchen aufgezwungenen „Feiern“, die mit Unlust und Widerwillen abgehalten werden, ist es nicht getan. Die so lange von der politischen Reaktion verheißte Jugend muß endlich den Sinn der Verfassungsschöpfung und die Bedeutung des Verfassungstages als des Geburtstages der deutschen Republik erfassen. Wo keine Gewähr für eine würdige Durchführung einer republikanischen Schulfeier gegeben ist, da sollte die Stadt oder die Schulbehörde selbst das Arrangement der Feier übernehmen und durch Entsendung geeigneter Redner und Ausarbeitung eines besonderen Programms dafür Sorge tragen, daß dieser Tag sich unauslöschlich in die Herzen der Jugend einprägt.

Die heißesten Sommer. Der Sommer 1925 gehört trotz der letzten heißen Tage durchaus nicht zu den heißesten Sommern, denn er hat bisher wenig wirklich heiße Tage geacht; diese heißen Tage hatten nicht die höchsten Temperaturen, die bisher in Deutschland verzeichnet worden sind. Zwar war der Vorommer von ungefähr 15. Mai bis zum 15. Juni sehr warm und fast vollkommen regnerfrei, so daß bekanntlich Berlin bereits unter einer beträchtlichen Wasserlast litt, aber die Hitze war nicht im engersten Sinne mit den höchsten deutschen Temperaturen zu vergleichen, ebenso wie jetzt auch die Juli-temperatur hinter der Wärme, die der gleiche Monat in anderen Jahren aufzuweisen hatte, zurückbleibt. Im Jahre 1865 und 1877 wurden in Chemnitz und in Dresden Temperaturen bis 38 Grad gemessen. Im Jahre 1892 waren in Breslau, Grünberg und anderen Städten am 4. August Temperaturen von 38,9 Grad Celsius zu verzeichnen. Ein Jahr von besonderer Trockenheit und Wärme war auch das Jahr 1911, eines der vorzüglichsten Weinjahre, da die ungeheure Menge von Sonnenschein, welche wochenlang vom blauen Himmel herniederstrahlte, auch dem schlechtesten Wein den Charakter einer hervorragenden Sorte verlieh.

Affenprojekt, „Cocal-Anzeiger“ und Revolution. Ueber das Affentheater, dessen erste Vorstellung soeben in Dayton ihren Abschluß gefunden hat, haben selbstverständlich die Leser des „Cocal-Anzeigers“ ausführliche und sachverständige Berichte erhalten. In einem Bericht des Herrn Oskar T. Schweriner aus London wird nun erzählt, daß Bryan den Zeitungskorrespondenten in Dayton einen besonderen Vortrag gehalten habe, in dem er auseinanderlegte, „daß die Lehre von der Revolution grausam wäre“, und „daß Revolution etwas Phantastisches, in keiner Weise Bewiesenes sei“. So zu lesen in der Morgenausgabe des „Cocal-Anzeigers“ vom 21. Juli. Natürlich hat Bryan nicht „Revolution“, sondern „Evolution“ gesagt, und natürlich wird es auch unter den Gelehrten der Firma Jugenberg einige geben, die den Unterschied zwischen Revolution und Evolution kennen. Aber man darf sich keine Gelegenheit entgehen lassen, einen Ritt gegen die verhasste Revolution zu unternehmen. Und wenn es auch ein Don-Quixote-Ritt ist. Daß die Leser des „Cocal-Anzeigers“ den Unfinn merken, ist überdies kaum anzunehmen. Also: feste druff!

Oper am Königplatz. Wegen Aufstehens eines ersten Mitgliedes aus dem Opern-Ensemble der Staatsoper muß „Der Stern von Sikkim“ vom Spielplan abgesetzt werden. An seiner Stelle wird ab Dienstag, den 28. Juli „Die Heirat“ in das Repertoire aufgenommen.

## Die Sanierung der „Kreuzzeitung“.

Reichberg zieht sich zurück.

Von Herrn Adolf Reichberg erhalten wir im Hinblick auf frühere Veröffentlichungen über seine Beteiligung an der „Kreuzzeitung“ das folgende Schreiben:  
Am 4. Juli hat der „Vorwärts“ eine von mir an die Schriftleitung gefandte Erklärung veröffentlicht, in der meine Beziehungen zur „Kreuzzeitung“ dargelegt waren.

Ich darf um Veröffentlichung folgender Ergänzung bitten: Vor einiger Zeit wandte sich Herr Werner v. Alvensleben mit der Anregung an mich, der Wintershall-Konzern möge sich an der Sanierung der „Kreuzzeitung“ beteiligen. Dieser Anregung hat Wintershall entsprochen. Die Leser der „Kreuzzeitung“ sind meist Landwirte. Die Landwirtschaft und die Kaliindustrie haben beide ein Interesse daran, die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands zu steigern, was wiederum dem gesamten deutschen Volk zugute kommt. Ich wurde von der Konzernleitung besonders gebeten, sich um die Angelegenheit „Kreuzzeitung“ zu kümmern.

Meine Verhandlungen mit dem Grafen Westarp gestalteten sich aber alsbald schwierig. Graf Westarp glaubte irrtümlich, nicht der Wintershall-Konzern, sondern mein Bruder, der Kommerzienrat Fritz Reichberg, sei persönlich an der „Kreuzzeitung“ beteiligt. Ich erwiderte, das sei nicht richtig und außerdem gleichgültig, da mein Bruder, der Vorsitzender des Grubenvorstandes von Wintershall ist, ganz sicher keine andere Politik machen werde, als sie von der Leitung des Deutschen Kalisyndikates mit Unterstützung durch den Wintershall-Konzern getätigt worden ist, nämlich eine solche der Verständigung mit Frankreich auf der Basis industrieller Zusammenarbeit unter Wahrnehmung nationaler deutscher Interessen. Das sei übrigens die gleiche Politik, welche der Generaldirektor des Wintershall-Konzerns, Herr Koster, und ich seit langem in der deutschen Presse befürwortet haben. Endlich gehöre der Reichberg'sche Besitz an Kaliwerten wie der gesamte Reichberg'sche Industriebesitz überhaupt nach langjährigem Familienvertrag meinem Bruder und mir. Ich fügte hinzu, die Divergenz zwischen der politischen Auffassung des Grafen Westarp und der deutschen Kaliindustrie sei nicht sehr erheblich. Graf Westarp habe in der „Kreuzzeitung“ selbst erklärt, gegen deutsch-französische industrielle Interessengemeinschaften sei nichts einzuwenden. Nur ermahnte er im Gegensatz zu der Leitung des Deutschen Kalisyndikates nicht, daß dabei politische Vorteile für Deutschland zu erreichen seien. Ich wundere mich allerdings, daß Graf Westarp solchen Interessengemeinschaften zustimme, wenn er nicht glaube, daß dabei politische Vorteile für Deutschland erreicht werden können. Je günstiger sich überdies die Lage der deutschen Kaliindustrie durch deren Zusammenschluß mit der französischen gestalten, um so mehr könne sie der deutschen Landwirtschaft entgegenkommen.

Es wurde schließlich verabredet, die ganze Frage solange ruhen zu lassen, bis mein Bruder von einer Reise nach Amerika zurückgekehrt sei. Nun hat aber die „Kreuzzeitung“ gerade in den letzten Tagen eine außenpolitische Tendenz dokumentiert, welche den politischen Richtlinien des Deutschen Kalisyndikates durchaus widerspricht, obgleich sogar der deutschnationale „Total-Anzeiger“ neuerdings die Verständigung mit Frankreich für erwünscht hält. Ich habe daher der Konzernleitung von Wintershall mitgeteilt, daß ich die Möglichkeit weiterer Verhandlungen mit dem Grafen Westarp für nicht gegeben halte und persönlich solche auch für die Zukunft ablehnen müsse.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung ergebe ich

Arnold Reichberg.

Wenn sich Wintershall zurückzieht, wer wird dann noch das Blatt Westarps „sanieren“?

Die Deutschnationale Partei kann es nicht mehr schaffen. Sie muß sogar ablehnen, die Schulden der „Nationalpost“ zu bezahlen, und läßt lieber arme Schriftsteller um ihr Honorar pressen, als daß sie aus der Parteikasse zahlt. Denn wie Herr Varenz mitteilt, ist die Deutschnationale Partei durch den Zusammenbruch der „Nationalpost“ in die „denkbar größten finanziellen Schwierigkeiten“ geraten!

## Frankreich und die Ostmächte.

Zusicherungen Briands an den polnischen Botschafter.

Paris, 23. Juli. (W.T.B.) Außenminister Briand empfing gestern abend den polnischen Botschafter. „Journal“ berichtet: Briand hat dem polnischen Botschafter, der auf Veranlassung des polnischen Außenministers um diese Unterredung nachgesucht hatte, die Versicherung gegeben, daß Frankreich die Verträge nicht in Frage stellen lassen und um keinen Preis zustimmen werde, daß seine Aktionsfreiheit beschränkt werde, und zwar hinsichtlich seiner Rechte auf Zwangsmaßnahmen oder hinsichtlich seiner Pflichten. Die neue deutsche Note zur Sicherheitsfrage verfolge, so sagt das Blatt, gegen diese These. Darüber sei kein Zweifel möglich. Aber Frankreich werde deshalb seinen Standpunkt nicht ändern. Es werde den Pakt nur abschließen, wenn eine Auffassung angenommen werde.

## Sicherheitspakt und Tschechoslowakei.

Offizielle Vorbehalte.

Prag, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In diesem Regierungskreis hat die Note Deutschlands keinen allzu günstigen Eindruck gemacht. Das Blatt „Ceske Slovo“, von dem man sagen darf, daß es dem Außenminister nahesteht, schreibt zu der deutschen Note u. a. folgendes: „Deutschland beabsichtigt, ähnlich wie England, nur die Westgrenze zu garantieren, aber nichtsdestoweniger ist es sicher, daß Frankreich auf seine Forderung nach freiem Durchmarsch durch Deutschland in die Tschechoslowakei oder Polen bestehen wird für den Fall, daß diese beiden Staaten angegriffen werden sollten. Darum können wir mit Vertrauen die weiteren Verhandlungen abwarten. Kommt es zu der von der deutschen Note indirekt beantragten allgemeinen europäischen Konferenz, dann kommt es auch zweifellos zur interalliierten Anerkennung des Grundgesetzes, daß Frankreich das Recht habe, seinen belien Verbündeten beizuspringen, eines Grundgesetzes, der heute bereits de facto anerkannt ist.“

## China und die Mächte.

Vor der Ueberreichung gemeinsamer Forderungen an China.

London, 23. Juli. (W.T.B.) Dem Washingtoner Korrespondenten der „Associated Press“ zufolge haben die Mächte eine wichtige Vereinbarung über die Behandlung des China-Problems in keiner Gesamtheit erreicht. Zu einigen Punkten des Programms fehlte noch die formelle Zustimmung, aber man erwartete, daß die Diplomaten in Peking bald in der Lage sein werden, der provisorischen Regierung von China das Programm vorzulegen.

## Milchmangel in Berlin.

Die Milchknappheit, die wieder ähnlich wie in den berüchtigtsten Zeiten des Krieges in Berlin festzustellen ist, ist nicht, wie die Interessenten angeben, allein eine Folge der großen Hitze. Sicherlich hat diese Hitze dazu beigetragen, daß ein großer Kreis der für Ernährungszwecke bestimmten Milch in Gärung übergeht und dadurch unbrauchbar wird. In Friedenszeiten befaßt man sich durch den Zusatz chemischer Mittel, die die Milch vor dem Verderben schützen. Durch die neueste Gesetzgebung ist dieser Zusatz verboten. Aber abgesehen davon hat sich auch die Zufuhr von Milch sehr erheblich verringert. Die Landwirtschaft steht mitten in den Erntearbeiten und da bei dem glücklicherweise günstigen Ausfall der Ernte in diesem Jahre alle Kräfte für diese Zwecke gebraucht werden, zumal die Landwirtschaft das günstigste Mittel für eine möglichst schnelle Bergung der Ernte benutzte, bleiben nur wenig Kräfte für andere Zwecke übrig. Die Milch, die aus den Kühen herausgeholt wird, wird in erster Linie in diesen Zeiten für den Eigenverbrauch der Landwirtschaft dienlich gemacht. Es kommt weiter hinzu, daß natürlich die Landwirtschaft nicht das Risiko des Verderbens der Milch auf sich nehmen will und deswegen von einem Versand absteht. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Kühlrichtungen, die für den Versand der Milch in der jetzigen Jahreszeit unbedingt gebraucht werden, nicht in dem erforderlichen Umfang vorhanden sind. Es ist ferner unbefreitbar, daß die nötigen Eisemengen, infolge der starken Anforderungen, die an Eisproduktion durch die außergewöhnlich hohe Hitze dieses Sommers gestellt werden, nicht vorhanden sind. Es muß aber hier, besonders von der Eisenbahnverwaltung Abhilfe geschaffen werden, damit wenigstens die für die Säuglinge und werdenden Mütter, für die Kranken und Schwachen, unbedingt erforderlichen Milchmengen in qualitativ hochwertigem Zustand in die Städte gelangen. Die übrigen Bevölkerungsschichten können sich ja in diesen Zeiten voll mit kondensierter Milch behelfen.

## Die Licht- und Wasserversorgung in Potsdam.

Schwere Betriebsstörungen.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde die Stromversorgung in Potsdam erheblich gestört und dadurch zahlreiche Betriebe lahmgelegt. Im ganzen Stadtviertel setzte die Beleuchtung vollkommen aus, und zeitweise war auch in den höher gelegenen Wohnungen die Wasserversorgung unterbrochen. Die Ursache dieser im höchsten Maße peinlichen Störungen lag darin, daß bei Erdarbeiten, die vom Städtischen Elektrizitätswerk vorgenommen wurden, ein Hochspannungsleiter angestoßen und erheblich verletzt wurde. Dadurch ist infolge eines Erdchlusses eine schwere Störung an einer Betriebsmaschine im Elektrizitätswerk hervorgerufen worden. Die regelmäßige Stromlieferung setzte am Nachmittag und während eines Teils der Nacht vollkommen aus. Vom Elektrizitätswerk wurden zwar die Instandsetzungsarbeiten sofort mit allen verfügbaren Kräften in Angriff genommen. Da aber eine andere Maschine des Werkes infolge einer regelmäßigen Revision auseinandergenommen war, gelang es nicht, mit eigenen Kräften das Stromnetz zu versorgen. Die Stadt wandte sich daher an die Firma Drenstein u. Koppel in Rommels, die die Stromlieferung eines Teils des Kabelnetzes übernommen hat. Durch die Störung im Elektrizitätswerk war auch das Wasserwerk in Rülleidenhaft gezogen worden, weil der Betrieb zurzeit vom Elektrizitätswerk völlig abhängig ist. Es ist nicht gut zu verstehen, wieso man bei einer derartigen Zusammenarbeit zwischen Elektrizitätswerk und Wasserwerk Dispositionen treffen kann, bei denen wesentliche Stromerzeugungsmaschinen außer Betrieb gesetzt werden. Für Potsdam ist es sicherlich ein trauriges Zeichen, daß die Stadt Rivaalhilfe in Anspruch nehmen mußte. Bei der Bevölkerung hat sich besonders der eingetretene Wassermangel in empfindlicher Weise bemerkbar gemacht und dazu das Verlangen des Lichtes. Im Laufe des heutigen Tages ist die regelmäßige Wasserversorgung wieder in Gang gebracht.

## Das Geständnis des Eindrehers.

Weil man ihn „getrampelt“ hatte.

Eine dreiköpfige Bande, die als Spezialität den Schaulustereintrich betrieb und besonders in Lichternberg, Neudölln und Karlsruh arbeitete, wurde jetzt von der Kriminalpolizei unfählich gemacht. Bei einer Razzia wurde eines ihrer Mitglieder, ein 25 Jahre alter Elektromonteur Barowski, festgenommen.

Weil er sich ärgerte, daß die beiden anderen, 28 und 30 Jahre alte Brüder Albert und Alfred Diemann, ihn zuletzt wiederholt „getrampelt“, d. h. bei der Teilung der Beute überpartelt hatten, so legte er ein umfassendes Geständnis ab. Durch längere Beobachtungen gelang es dann auch, die beiden Brüder zu ermitteln und festzunehmen. Die drei hatten es namentlich auf Lebensmittel, Kleidungsstücke und Zigarren abgesehen. Ein paarmal kamen sie in eine sehr schwierige Lage. Bei einem Einbruch in ein Wurstwarengeschäft in Karlsruhe ging einer der Diemann mit 15 Paar Doppelmänteln über dem Arm als letzter wieder aus dem Laden hinaus. Eine Dame im zweiten Stock, die durch das Geräusch erwacht war, öffnete das Fenster und rief ihm zu: „Haben Sie schon genug?“ Er erwiderte: „Nein, ich habe zwar schon etwas, aber ich könnte mir doch wohl noch mehr holen.“ ging wieder hinein, holte noch einen Posten und verschwand dann mit den anderen und entkam, obwohl die Dame Alarm geschlagen hatte. Vor einem Zigarrengeschäft in Karlsruhe blieben die beiden Diemann draußen, während Barowski drinnen zwei große Säcke mit Zigarren, Zigaretten und Tabak verpackte. Während der eine der Brüder Diemann den ersten vollen Sack nach einem benachbarten Laubengänge trug, sah der zweite einen Wächter kommen und rief deshalb Barowski zu, etwas fixer zu machen. Dieser glaubte aber nicht an den Wächter und packte ruhig weiter, während die beiden Diemann verschwanden. Der Wächter sah die zerbrochene Scheibe, forderte den Eindrehler vergeblich auf, herauszukommen und stellte sich dann mit gezogenem Revolver auf dem Straßendamm auf. Die beiden Diemann, die das Zwiesgespräch hörten, kamen wieder heran, um ihren Hülfsling zu befreien, spielten die Harmlosen und baten den Wächter um Feuer. Dieser erwiderte ärgerlich, er habe etwas Besseres und Wichtigeres zu tun. Barowski aber benutzte die Ablenkung, sprang aus dem Laden heraus und entfloh mit den beiden anderen. Die Schüsse, die der Wächter ihnen nachsandte, gingen fehl. Diese und andere Ergebnisse und Erfahrungen veranlassen die Eindrehler, immer vorsichtiger zu werden. Die Verhafteten haben bis jetzt acht große Einbrüche eingeräumt, aber sicher noch mehr ausgeführt. 5 Hehler, denen sie ihre Beute lieferten, wurden ebenfalls ermittelt. Weitere Mitteilungen an Kriminalkommissar Roth im Zimmer 67 des Polizeipräsidiums.

## Der Tod im Hausflur.

Das Gerücht von einem Kapitalverbrechen war heute früh im Schönhauser Viertel verbreitet. In der vergangenen Nacht kurz nach 2 Uhr sah ein Wächter einen Mann, der stark angetrunken war, allein in das Haus Neue Schönhauser Straße 7 hineingehen. Eine halbe Stunde später fand er ihn auf seinem Rundgang in einer Blutschlache mit dem Gesicht auf dem Fußboden tot auf dem Hausflur liegen. Ein Arzt stellte schwere Kopfverletzungen fest. Aus der Kopfhaut war ein dreieckiges Stück herausgeschlagen. Bei dem Toten fand man noch alle seine Wertgegenstände, eine Brieftasche mit Inhalt, die goldene Uhr, einen Trauring mit dem Zeichen H. R. 8. 10. 14 und einen Siegelring mit rotem Stein. Der Leichnam lag auf der Linde, der in mittleren Jahren steht, wohl von einer Beerdigung gekommen. Er trug einen dunklen Anzug und einen Zylinder mit Trauerfaser und dem Zeichen J. J. Wahrscheinlich

hat er nach der Beerdigung keine Straßenbahn mehr benutzen können, um nach Hause zu fahren und in dem Hotel, das im zweiten Stock des Hauses Neue Schönhauser Straße 7 liegt, übernachtet wolle. Beim Hinaussteigen wird er über das Treppengeländer in den Schacht hinein und auf den Flur hinabgestürzt sein. Wahrscheinlich hat ein Schädelbruch sofort zum Tode geführt. Der Tote ist etwa 1,65 Meter groß, hat volles, dunkelblondes, zurückgestülptes Haar und einen englisch gestülpten Schnurrbart. Am Rock trug er die Nadel eines Kegelschlägers, anscheinend eines Klubs „13“. Mitteilungen zur Feststellung der Persönlichkeit an die Vermittlungsstelle im Polizeipräsidium.

## Am Paragraph 218.

Kerzte auf der Anklagebank.

Zu einem förmlichen medizinischen Kongress gestattete sich eine Verhandlung, die vor dem Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Loelkin stattfand und die zwei Tage dauern wird. Es handelt sich wiederum um Vergehen gegen den § 218. Die Anklage richtete sich gegen eine Reihe von Personen, unter denen sich zwei Kerzte, der praktische Arzt Dr. Georg J. und der Sanitätsrat Dr. August J. befanden. Außerdem sind angeklagt wegen Beihilfe die frühere Hebamme G., mehrere Personen, darunter ein Geschäftsführer und mehrere Frauen, die teils der Beihilfe angeklagt, teils weil sie an sich gewisse operative Eingriffe haben vornehmen lassen. Der Fall hatte seinerzeit in medizinischen Kreisen und in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, als die beiden Kerzte im Oktober 1923 auf kurze Zeit in Haft genommen wurden.

Beide Angeklagte sind 32, bezw. 31 Jahre alt und haben jeder eine eigene Klinik unterhalten. Die Sache kam durch zwei Todesfälle ins Rollen. Im Januar 1923 verstarb in Heiligengrabe ein 20jähriges Mädchen im Krankenhaus an Kindbettfieber. Vor ihrem Tode legte sie ein Geständnis ab, daß sie schwanger gewesen sei und unter allen Umständen die Folgen beiseite wolle. Sie sei nach Berlin gefahren, weil der Arzt einen Eingriff abgelehnt hatte. In Berlin habe sie durch eine Krankenschwester die Adresse des Dr. J. in Lichterfelde erfahren, der festgelegt habe, daß sie an Lungenüberblutungen und an einer Blutkrankheit leide, wodurch eine Unterbrechung der Schwangerschaft notwendig sei. Der zweite Fall ereignete sich im September 1923. Im städtischen Krankenhaus in Potsdam verstarb das Hausmädchen Liesbeth J. an Bauchfellentzündung. Die Leichenöffnung ergab, daß die Erkrankung die Folge eines vorangegangenen unerlaubten Eingriffs gewesen sei. Die Verstorbenen war durch die mitangeklagte frühere Hebamme G. zu Sanitätsrat J. gebracht worden. Nach den ärztlichen Gutachten soll Dr. J. durch seine Fahrlässigkeit den Tod verursacht haben, weil er die Verstorbenen unter den gegebenen Umständen nicht sich selbst überlassen durfte. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte die Verteidigung zwei Sachverständige, Professor Dr. Rischke, den Sachverständigen des Polizeipräsidiums, und Professor Hammerschlag aus Neudölln als befangen ab. Nach kurzer Beratung kam auch das Gericht zu einer Zurückweisung des Einspruches, denn es sei überzeugt, daß die Sachverständigen ungeachtet der Angriffe des Angeklagten ihre Gutachten vom medizinischen Standpunkt aus wissenschaftlich erstatten werden. Dr. J. und Sanitätsrat Dr. J. legten in längeren Ausführungen dar, daß sie als Kerzte in beiden Fällen, die ihnen zur Last gelegt seien, berechtigt waren, eine Operation und eine künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft vorzunehmen.

## Die Verkehrspolizei im Drillchanzung.

Wegen der anhaltenden Hitze hat das Kommando der Schutzpolizei die Anordnung getroffen, daß alle im Straßenverkehr tätigen Schutzeinheiten bis auf weiteres das graue Drillchanzung tragen dürfen, das sonst nur im Inneendienst Verwendung fand. Probeweise sind auch eine Reihe von Verkehrspolizisten mit weißen Tschalotüberzügen ausgerüstet worden. Wie wir hören, haben, abgesehen von den Unterzügen, die zurzeit bei der Universität Berlin vorgenommen werden, heute Besprechungen über neue Vorschläge stattgefunden, wie man die Kopfbedeckung der Verkehrspolizisten in der heißen Jahreszeit gestalten soll.

## Sonderzug nach Ahlbed.

Infolge starker Nachfrage verkehrt am Sonntag, den 26. Juli, außer dem Sonntagssonderzug nach Swinemünde noch ein beschleunigt durchgeführter Sonderzug 4. Klasse mit 33 1/2 Proz. Ermäßigung von Berlin (Stettiner Bahnhof) nach Ahlbed. Abfahrt von Berlin (Stettiner Bahnhof) 7 Uhr vorm., Ankunft in Ahlbed 10:54 Uhr vorm. Rückfahrt von Ahlbed 7:57 Uhr nachm., Ankunft in Gesundbrunnen 11:56 Uhr abends, Berlin (Stettiner Bahnhof) 12:02 abends. Der Fahrpreis nach Ahlbed beträgt 9,20 M. Die Fahrkarten werden von Mittwoch, den 22. Juli, ab bei der Fahrkartenausgabe Berlin, Stettiner Bahnhof, von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. verkauft. In Ahlbed sind folgende Veranstaltungen vorgesehen: Empfang der Sonderzugsfahrer am Bahnhof mit der Kapelle, Festzug der Teilnehmer mit Musik zum Strand; hieran anschließend ein Strandkonzert von 11 Uhr bis 12 1/2 Uhr. Um 12 1/2 Uhr Mittagessen zu sehr ermäßigten Preisen (reichhaltiges Menü 1,50 M.). Nach dem Essen Segelfahrten und Motorbootfahrten zu sehr ermäßigten Preisen nach Banitz u. um. Um 4 Uhr Kaffee, ebenfalls zu sehr ermäßigten Preisen. Im Strandpavillon Seebäder werden die Fahrteilnehmer durch Konzert und Tanz unterhalten. Außerdem haben sämtliche Fahrteilnehmer gegen Vorzeigung der Sonderzugskarten freien Eintritt zu den Badeanstalten.

Die neue Budapeststraße. Die Umbenennung des Kurfürstendamms vom Kanal bis zur Gebärdinstraße in Budapeststraße ist nunmehr von den städtischen Körperschaften endgültig beschlossen. Dieser Beschluß ist dem Polizeipräsidenten und dem Preussischen Staatsministerium mitgeteilt worden.

Ein Dachstuhlbrand. Heute mittag gegen 1/1 Uhr bemerkten Passanten, daß der Dachstuhl des Hauses Greifswalder Straße 215, Ecke Immanuelkirchstraße in Flammen stand. Die sofort alarmierte Feuerwehr rückte mit sechs Wagen an und gab tüchtig Wasser. Es sind noch mehrere Wachen alarmiert. Auch das vierte Stockwerk ist in Gefahr.

Im Englischen Seminar spricht am Freitag, den 24. Juli, 6 1/2 Uhr nachmittags Dr. Louis Hamilton, Vektor am Orientalischen Seminar, über „The French and the English in Canada“.

## Schwere Unwetterkatastrophen in Frankreich.

Paris, 23. Juli. (W.T.B.) Ueber Paris und ganz Frankreich sind gestern abend und im Laufe der Nacht schwere Gewitter niedergegangen. Ein zweifelhafte Geschäftshaus in einer der belebtesten Straßen von Paris wurde gestern abend 8 Uhr durch einen Blitzstrahl eingestürzt. Aus der Provinz werden Wollenbrüche gemeldet, durch die die Ernte schwer geschädigt wurde. Im Departement Loire-et-Cher wurden hunderte von Bäumen entwurzelt und die Telegraphenmasten niedergelegt. Der Telegraphen- und Fernsprechnetz ist unterbrochen. In St. Leonard wurden zwei Personen von einer Wasserhohe getötet.

## Ueberschwemmung in Trinidad.

Trinidad (Colorado), 23. Juli. (W.T.B.) Infolge zweier Wollenbrüche entstand gestern hier eine Ueberschwemmung, durch welche Hunderte von Häusern unter Wasser gesetzt, Brücken abgerissen und Bahnstrecken zerstört wurden. Trotz des bedeutenden Sachschadens sind keine Menschenverluste zu verzeichnen.

